



Pressemitteilung

Gemeinsame Verantwortung für Gesellschaft

Spitzengespräch zwischen evangelischer Kirche und Unternehmern

Bad Kreuznach / Darmstadt, 1. Februar 2016. Zu einem Spitzengespräch haben sich am Mittwoch (1. Februar) Vertreter der evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz und der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU) in Bad Kreuznach getroffen. Sie betonten dabei die gemeinsame Verantwortung, die Kirche und Wirtschaft für den gesellschaftlichen Zusammenhalt haben. Der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche der Pfalz, Christian Schad, erinnerte an die 2015 von der Landesvereinigung und den evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz veröffentlichte Erklärung „Flucht und Migration nicht instrumentalisieren!“ Angesichts immer offensiver auftretender Kreise, die auf Kosten von Flüchtlingen und Migranten „ein nationalistisches und teilweise braunes Süppchen“ kochten, sei eine „Politik des Sozialen“ gefordert. Dazu gehöre der soziale Wohnungsbau ebenso wie die Anstrengungen der Wirtschaft für Ausbildung und Arbeit sowie die der Kirchen in Kindertagesstätten und Schulen. Eine Politik des Sozialen sei „die beste Medizin für den Zusammenhalt der Gesellschaft“.

Manfred Rekowski, Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, sah dringenden Gesprächsbedarf bei der Kinderarmut. „Kinderarmut in Deutschland wächst weiter – mit Folgen fürs ganze Leben“, sagte er. Der Befund sei nicht neu: „Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem.“ Als Beispiel für einen Weg in die richtige Richtung verwies er auf den Aktionsplan der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) gegen Kinderarmut „Zukunft für Kinder – Perspektiven für Eltern im SGB II“. Beide wollen mehr für Kinder tun, indem Eltern in eine öffentlich geförderte und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gebracht werden.

Der LVU-Vorsitzende Dr. Gerhard F. Braun warb für eine bessere Integration von Flüchtlingen in Bildung und Arbeit. „Jene Flüchtlinge, die längerfristig bei uns bleiben werden, sollen so rasch und so gut als möglich integriert werden“, sagte er. Die Zeit dafür sei angesichts der guten wirtschaftlichen Entwicklung und der Herausforderungen durch den demografischen Wandel günstig: „Wann, wenn nicht jetzt, sollte es uns gelingen, Flüchtlinge in Lohn und Brot zu bringen?“ Voraussetzung seien allerdings deutsche Sprachkenntnisse. Die Integration von Flüchtlingen sei dabei ein Marathon und kein Sprint. „Ungeachtet davon brauchen wir eine an unserem Bedarf orientierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, am besten durch eine Zuwanderungsgesetz geregelt“, so Dr. Braun.

Für eine möglichst frühzeitige Sprachförderung, Bildung, Ausbildung und Beschäftigung von Flüchtlingen warb Ulrike Scherf, Stellvertretende Kirchenpräsidentin der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Flüchtlinge zeichneten sich durch eine hohe Lernmotivation aus. Besonders müsse bei nachzuholenden Schulabschlüssen nachgebessert und eine Lücke geschlossen werden, die sich für alle Flüchtlinge, die älter als 18 Jahre sind, auftue. Berufsberatung habe sich stärker auf arbeitssuchende Flüchtlinge einzustellen. Scherf sprach sich zudem für betriebliche Praktika aus. „Praktika sind für Flüchtlinge in der Regel das Eingangstor zur Arbeitsmarktintegration“, sagte der hessen-nassauische Kirchenpräsident.

Evangelische Kirche im Rheinland Hans-Böckler-Straße 7 40476 Düsseldorf Telefon: 0211 / 4562-388 e-mail: pressestelle@ekir.de	Evangelische Kirche in Hessen und Nassau Paulusplatz 1, 64285 Darmstadt Telefon: 06151 / 405-504 Mobil: 0175 / 9377959 e-mail: presse@ekhn.de	Evangelische Kirche der Pfalz Domplatz 5 67346 Speyer Telefon: 06232 / 667-146 e-mail: oeffentlichkeitsreferat@evkirchepfalz.de
---	---	---

Wie betriebswirtschaftliche Anforderungen und diakonisches Profil zueinander passen, stellte Manfred Sutter, Oberkirchenrat der Evangelischen Kirche der Pfalz, vor. Als soziales Unternehmen habe sich die Diakonie am Markt zu behaupten. Zugleich gehöre es zu ihrem Selbstverständnis, „im Kontext der Nächstenliebe und der gerechten Behandlung aller Menschen dafür zu sorgen, dass der Mensch in seiner individuellen Persönlichkeit zu seinem Recht kommt“. Das geschehe beispielsweise durch die Integration von sozial benachteiligten Menschen auf dem Arbeitsmarkt sowie durch die Ausbildung junger Menschen für soziale Berufe und den Dienstleistungssektor.

Zu dem Spitzengespräch hatte die Evangelische Kirche im Rheinland in die Stiftung „kreuznacher diakonie“ nach Bad Kreuznach eingeladen. An der Begegnung nahmen neben dem rheinischen Präses Manfred Rekowski und dem LVU-Landesvorsitzenden Dr. Gerhard F. Braun auch die Stellvertretende Kirchenpräsidentin der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Ulrike Scherf, sowie der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche der Pfalz, Christian Schad, teil.

Hinweis für Redaktionen:

Ein Foto der Veranstaltung ist spätestens Donnerstag abrufbar bei der entsprechenden Meldung unter www.ekhn.de/presse

Düsseldorf/Darmstadt/Speyer, den 1. Februar 2017

Evangelische Kirche im Rheinland Hans-Böckler-Straße 7 40476 Düsseldorf Telefon: 0211 / 4562-388 e-mail: pressestelle@ekir.de	Evangelische Kirche in Hessen und Nassau Paulusplatz 1, 64285 Darmstadt Telefon: 06151 / 405-504 Mobil: 0175 / 9377959 e-mail: presse@ekhn.de	Evangelische Kirche der Pfalz Domplatz 5 67346 Speyer Telefon: 06232 / 667-146 e-mail: oeffentlichkeitsreferat@evkirchepfalz.de
---	---	---